

PRESS-RELEASE

PRESSEINFORMATION

11. Mai 2012

Bahnlärmgipfel im EU-Parlament

Pro Rheintal und IG BOHR fordern: Europäische Union soll gemeinsam mit Bund und Bahn Lärmschutz finanzieren!

Die Bürgerinitiativen Pro Rheintal und IG BOHR trafen sich in Brüssel mit Mitgliedern der EU-Kommission und Europaabgeordneten unterschiedlicher Parteien. Zu der hochrangig besetzten Runde gehörten Keir Fitch, Vorsitzender des EU-Haushaltsausschusses und 1. Stellvertreter von EU-Kommission-Vizepräsident Siim Kallas. Des Weiteren die Europa-Parlamentarier Michael Theurer, Vorsitzender des EU-Haushaltskontrollausschusses, Matthias Groote, Vorsitzender im Ausschuss für Umweltfragen und öffentliche Gesundheit, sowie EU-Abgeordnete aus Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Berlin und Österreich.

Gegenstand der Gespräche war die schnelle Umrüstung alter Güterwaggons auf radschonende Bremsen, um den Bahnlärm an der Quelle zu reduzieren. Übereinstimmung herrschte bei der Forderung, die Umrüstung der Waggons vorrangig zu betreiben, wozu im EU-Haushalt 2013/14 Mittel zur Verfügung stehen. Der Bund kann diese EU-Mittel abrufen, wenn der Bundestag sich dazu entschließt, der Senkung des Bahnlärms Priorität einzuräumen.

Derzeit werden lediglich neu in Dienst gestellte Güterwaggons mit den leiseren Bremssohlen ausgerüstet. Da diese Maßnahme allerdings erst in Jahrzehnten eine Minderung des Güterzuglärms bringen würde, wird das Augenmerk auf die schnelle Umrüstung des bestehenden Wagenparks gelenkt. Trassenpreissysteme, die auf acht bis zehn Jahre angelegt seien, brächten keine Lösung, sagte Pro-Rheintal-Chef Frank Gross, denn dieser Zeitraum würde von den Waggonhaltern nur genutzt, um die Altbestände schrittweise zu verschrotten. In einer eindrucksvollen Präsentation stellte Gross den EU-Politikern die Notfallsituation im Mittelrheintal dar und machte dabei die untragbar gewordenen gesundheitlichen Konsequenzen deutlich.

Die Parlamentarier – darunter Norbert Neuser, durch dessen Engagement das Treffen zustande gekommen war, und Birgit Collin-Langen, die frühere Oberbürgermeisterin von Bingen – zeigten sich äußerst interessiert und kooperationsbereit. „Man muss die Mittel, die in Brüssel für Lärmschutz vorhanden sind, auch abrufen“, sagte Jens Müller, wissenschaftlicher Mitarbeiter des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen im Europaparlament, Michael Cramer. Diese Aussage richtete sich an die Bundesregierung, die nach Meinung der Initiativen zu zögerlich an das Thema herangeht. Auch die Abschaffung des Schienenbonus sei längst überfällig. Denn Bahnlärm sei nicht weniger lästig als Straßenlärm, sondern nachgewiesenerweise die aggressivste und für Menschen gefährlichste Lärmart mit dem höchsten Aufweckpotenzial, wie Studien von Professor Dr. Barbara Griefahn und anderen Wissenschaftlern gezeigt hätten.

Zusätzlich zu den bereits vom Bund zugesagten Geldern könnten die EU-Mittel aus dem Projekt „Fazilität Connecting Europe“ eine schnelle Umrüstung der Waggons ermöglichen. Die Umrüstung sei eine länderübergreifende Maßnahme, von der ganz Europa profitiere, weil umgerüstete Waggons überall, wo sie eingesetzt werden, leise sind. Außerdem würden defekte Räder die Schienen demolieren, was zu erheblichen Kosten für die Allgemeinheit führe. Deshalb sei eine Waggonumrüstung en bloc bis 2016, die von den Waggonhaltern selbst bei einem Treffen in Boppard als möglich und erstrebenswert bezeichnet worden war, ein erster wichtiger Schritt, um das Bahnlärmproblem zu lösen und den Menschen schnelle Erleichterung zu bringen.

Im Zusammenwirken mit Schienenschleifen könnten so fast 90 Prozent der Schallenergie eliminiert werden. Die Kosten für beides seien bundesweit geringer als 500 Millionen Euro. Erst danach könnten die übrigen Maßnahmen wie Schallschutzwände, Schienenstegdämpfer und Schienenkonditionierer ihre Wirkung spürbar entfalten, die in den Wohnbereichen unverzichtbar seien. Das Mittelrheintal zwischen Köln und Mainz/Wiesbaden bezeichnete der Pro-Rheintal-Vorsitzende als den Lärmbrennpunkt Europas, auf den die Europäische Union jetzt besondere Aufmerksamkeit richten und hierfür auch schnelle Hilfe bereitstellen müsse.

Als konkrete Forderung brachten die Initiativen neben der Waggonumrüstung die Einführung verbindlicher Grenzwerte für den Lärmschutz in die Diskussion ein. Die Abwägung zwischen dem



Schutz vor Lärm und Wirtschafts- und Mobilitätsinteressen ende dort, wo Lärmimmissionen die Menschen krank machen. Das sei vor allem in der Nacht der Fall, wenn der Bahnlärm den Schlaf raubt. Am Mittelrhein gelte das aber auch am Tage, weil Lärmwerte so extrem hoch wären und sowohl Kommunikation als auch Konzentration störten. Das gesamte Tal sei verlärmte und die Maximalpegel von mehr als 100 dB(A) würden für die Menschen eine permanente Körperverletzung darstellen.

Um die Betroffenheit der Menschen durch Bahnlärm noch einmal auf wissenschaftlichem Wege zu dokumentieren, fordern die Initiativen die Bundesländer entlang der Rheinschiene auf, eine gemeinsame Bahnlärmstudie auf den Weg zu bringen. Hierzu könnte auch die EU einen Beitrag leisten.

Als konkrete Ergebnisse vereinbarten die Beteiligten eine enge Zusammenarbeit bei der Verfolgung der genannten Ziele. Es wurde deutlich, dass die aus dem Lärm von Schiene, Straße und Luftfahrt resultierenden Kosten höher sind als die Aufwendungen für Lärmschutz. Laut Umweltbundesamt würden 10 dB(A) an Lärmreduktion allein in Deutschland jährlich bis zu 3,4 Milliarden Euro einsparen.

Wenn also in Europa sparen angesagt ist, dann heißt dies auch, die externen Kosten, die Lärm verursacht, zurückzufahren. Das führt zu einer Win-Win-Situation, denn die Menschen würden dadurch ausgeruhter und leistungsfähiger. So könnte beispielsweise der Idealfall von „Wachstum trotz sparen“, den die Kanzlerin so vehement fordert, in die Realität umgesetzt werden.

Informationen unter:

Pro Rheintal e. V. Bürgernetzwerk

Frank Gross, 1. Vorsitzender
Simmerner Straße 12
56154 Boppard

Tel. 06742 801069-0
Fax 06742 801069-1
E-Mail: info@pro-rheintal.de
www.pro-rheintal.de

Frei zur Veröffentlichung / Belegexemplar erbeten



Beim Treffen in Brüssel hatten die Vertreter der EU-Kommission und die teilnehmenden EU-Abgeordneten aus Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Berlin und Österreich ein offenes Ohr für die Forderungen von Pro Rheintal und IG Bohr. (Die Abbildung zeigt nicht alle Teilnehmer.)

Teilnehmer der Veranstaltung

EU-Kommission

- **Keir Fitch** (Vorsitzender des EU-Haushaltsausschusses sowie 1. Stellvertreter von Siim Kallas, dem Vizepräsidenten der EU-Kommission u. Kommissar für Verkehr)
- **Piotr Rapacz** (Generaldirektion Mobilität und Verkehr)

EU-Parlament

- **Birgit Collin-Langen** (MdEP, CDU)
- **Christoph Koch** (Referent MdEP Dr. Andreas Schwab, CDU)
- **Nicolas Meier** (Büro-MA MdEP Dr. Werner Langen, CDU)
- **Lena Reif** (Büro-MA MdEP Michael Gahler, CDU)
- **Paul Sefv** (Büro-MA MdEP Dr. med. Thomas Ulmer, CDU)
- **Matthias Groote** (MdEP, Vorsitzender des EU-Ausschusses für Umweltfragen u. öffentl. Gesundheit, SPD)
- **Norbert Neuser** (MdEP, SPD)
- **Michael Theurer** (MdEP, Vorsitzender des EU-Haushaltskontrollausschusses, FDP)
- **Markin Walter** (Büro-MA MdEP Gesine Meissner, FDP)
- **Dr. Franziska Brantner** (MdEP, Bündnis 90/Die Grünen)
- **Andreas Bühler** (Büro-MA MdEP Heike Rühle, Bündnis 90/Die Grünen)
- **Jens Müller** (Büro-MA MdEP Michael Cramer, Bündnis 90/Die Grünen)
- **Lisa Kristan** (Büro-MA MdEP Dr. Hubert Pirker, ÖVP)

Vertreter Bürgerinitiativen

- **Frank Gross** (Sprecher u. 1. Vorsitzender Bürgernetzwerk Pro Rheintal e. V.)
- **Johannes Baumgärtner** (Vorstandsvorsitzender Igel e. V.)
- **Manfred Wahl** (Sprecher IG BOHR)
- **Dr. Klaus Gumpff** (Igel e. V.)
- **Uwe Lampe** (Igel e. V.)
- **Gerlinde Schrempp** (Igel e. V.)
- **Herbert Meier** (BI Offenburg)